

Die Ampel hat nicht hell gestrahlt

Zur: „Lindner hat seinen Rauswurf erfleht“, FR-Politik vom 11. November

Bis zur Wahl wird es noch viele Krokodilstränen geben

Das Interview spricht mir aus der Seele. Vielen Dank an Herrn Schroeder für seine klaren Worte und vielen Dank der FR für die Veröffentlichung. Bei derzeitiger Nachrichtenlage könnte man fast vermuten, dass Christian Lindner das Opfer einer Intrige wurde. Wenn er dem Bundeskanzler denn vorwirft, dass es ihm „um einen kalkulierten Bruch dieser Koalition“ gegangen sei, ist das eine Verkehrung der Tatsachen und an Ungeheuerlichkeit kaum zu überbieten. Da kann ich nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler diese Dreistigkeit bis zur anstehenden Neuwahl nicht vergessen werden und die FDP entsprechend abstrafen, ungeachtet der „Krokodilstränen“, die es bis dahin noch geben wird.

Lorenz Breiting, Rimpf

Erschreckend geringe emotionale Souveränität

Der Rauswurf sei demütigend gewesen. Mag sein, dass sich Scholz von Lindners pubertärer Renitenz gedemütigt fühlte (warum hat er sich so lange und so oft demütigen lassen?) und mit gleicher Münze zurückzahlte. Nur: Staatsmännisch ist weder das eine noch das andere. Es ist doch erschreckend, über wie wenig emotionale Souveränität die Beteiligten verfügen. Auch der Bundespräsident (siehe „Eklat im Schloss Bellevue“, 11.11. S.6) lässt diese vermissen. Was mich an der Berichterstattung irritiert, ist, dass anscheinend niemand darauf eingeht, dass Lindner berichtete, der Kanzler habe ihn aufgefordert, die Verfassung zu brechen. Sofern dies der Wahrheit entspricht, reden wir nicht mehr über Neuwahlen infolge der Vertrauensfrage, sondern eigentlich nur von der sofortigen Entlassung des

Kanzlers wegen Verfassungsbruch und deshalb Neuwahlen. Da Verfassungsbrüche aber offensichtlich ein Kavaliärsdelikt sind, passiert nichts. Welchen Schaden eine Demokratie nimmt resp. welchen Nutzen Demokratiefreunde davon haben, spielt keine Rolle. Das wäre bzw. ist für mich der eigentliche Skandal, sofern Lindners Aussage zutrifft.

Rüdiger Erdmann, Pattensen

Das Geld fehlt überall, nur fürs Militär ist genug da

Im Interview mit dem Politologen Wolfgang Schroeder wird Kanzler Scholz zitiert mit den Worten: „Niemals dürfen wir innere, äußere und soziale Sicherheit gegeneinander ausspielen.“ Doch genau das passiert: Die Kindergrundsicherung schafft die Kinderarmut in Deutschland nicht ab. Das Deutschlandticket ist unterfinanziert und erzwingt Abstellungen der Verkehrsverbände im ÖPNV. Brücken und Straßen sind kaputt. Die Eisenbahn ist heruntergekommen. Schulen werden zwar elektronische Tafeln spendiert, gleichzeitig regnet es rein und die Klos sind kaputt. Dabei wäre das Geld da gewesen: 100 Milliarden Euro Sondervermögen – besser: Sonderschulden – zur Aufrüstung werden nicht problematisiert. Dringend benötigte Gelder werden im Ukraine-Krieg verpulvert.

Mit großer Geste wird über den Wahltag diskutiert. Wortreich, aber inhaltsleer schwadronieren Opposition und selbsternannte Expert:innen über die Nacht, in der der Ampel die Lichter ausgegangen sind. Dabei vermeiden sie, die Dinge beim Namen zu nennen: Nicht zufällig ist die Ampel am Tag der Trump-Wahl gescheitert. Das Geld reicht schon heute nicht für soziale Sicherheit und Militarisierung. Noch mehr Schulden sind nicht drin zur Erfüllung der ukrainischen Nachfrage nach

dem absehbaren US-Finanzausfall. Der unverschämte, wiederholte Griff in die Kasse und auch das selbstverschuldete, ungeschickte Agieren der Ampel kann schwerlich als Notlage bezeichnet werden.

Die Wähler:innen haben bei der kommenden Wahl die Möglichkeit, über das Für und Wider abzustimmen. Auch im Ersten Weltkrieg lag die SPD schon schwer daneben in ihrer Einschätzung der deutschen Kriegsbegeisterung.

Burkhard Nobbe, Mannheim

Ohne Kompromissfähigkeit kann man nicht regieren

Wolfgang Schroeder hat in seiner Bewertung vollkommen recht. Jede Regierung sollte „folgende Felder beackern: soziale Gerechtigkeit, ökonomische Innovationen und ökologische Nachhaltigkeit“. Inwieweit dies der „neuen“ Bundesregierung gelingt, bleibt abzuwarten. Nur eins scheint nach dem Scheitern der letzten Regierung klar zu sein: Ohne Kompromiss- und Teamfähigkeit aller Personen ist ein Regieren auf Dauer nicht möglich. Dieter Obst, Wiesbaden

Das war alles andere als ein Aufbruch

Der Finanzminister ist verantwortlich für die Weiterentwicklung einer strategischen, zukunftsorientierten Finanzpolitik. Für die Gesellschaft und ihre Wirtschaft sind Investitionen in Wasserstoff-, Fernwärme-, Übertragungsnetze überlebenswichtig! Es fehlt nicht an Technologien für die Umsetzung. Wo war der freiheitliche, mutige Geist bei der Zielsetzung? Es gibt politisch in Deutschland und Europa viel zu richten, das Klammern an Ideologien ist kein Aufbruch!

Detlef Geisendörfer, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/ampel-aus



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241112

FR ERLEBEN

Michael Hesse moderiert den Büchergilde-Salon. Diesmal spricht er mit dem Autor Uwe Wittstock über dessen Buch „Marseille 1940. Die große Flucht der Literatur“. Dazu Lesung. Musikalische Begleitung: Joachim Kubowitz (Gitarre) und Dagmar Hagmann (Gesang), die Gedichte von Exilautor:innen vertont haben. Eintritt frei. Anmeldung unter veranstaltung@buechergilde.de
Freitag, 15. November, 18 Uhr
Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77
IG Metall Frankfurt

Daniel Roßbach moderiert die Podiumsdiskussion „In Brüssel viel Neues - Was bewegt die EU aktuell?“ Mit Alexandra von Nahmen (Deutsche Welle), Stefan Lock (Europäische Kommission Bonn) und Claudia Wiesner (Hochschule Fulda).
Freitag, 15. November, 18 Uhr
Evangelische Akademie Römerberg 9, Frankfurt

Sebastian Moll und Klaus Walter sprechen über Molls neues Buch „Das Würfelhaus“, in dem es um Verdrängung der Nazizeit im Privaten und in der Städtebau-Politik Frankfurts geht. Begleitet von Musik aus den Epochen, die das Buch umspannt.
Mittwoch, 20. November, 20 Uhr
Ono2, Walter-Kolb-Straße 16
Frankfurt

Für plurale Demokratie

Kolumne: „Mein 9. November“, FR-Meinung vom 11. November

Sehr geehrte Frau Kahane, ich teile mit Ihnen die Empörung über zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft und jetzt wieder aktuell über die Ausschreitungen gegen Israelis in Amsterdam. Judenhass ist Menschenhass und muss eindeutig und klar bekämpft werden.

Entsetzt bin ich aber über Ihre Formulierungen in Bezug auf die Unterzeichner*innen der alternativen Formulierungsvorschläge zur Bundestagsresolution zum Schutz jüdischen Lebens, die am 23.10.24 in der Frankfurter Allgemeinen veröffentlicht wurden. Sie unterstellen diesen Menschen (und mir), sie würden „den Vernichtungswillen gegen Jüdinnen und Juden weniger schlimm finden als eine Resolution des Bundestages gegen Antisemitismus“. Sie behaupten ohne Belege, dass die Unterzeichner*innen Hass und Antisemitismus auf keinen Fall einschränken wollen und dass sie für das „Relativieren des antisemitischen Geschreis“ verantwortlich seien.

Haben Sie die Formulierungsvorschläge und den Aufruf wirklich genau gelesen oder sehen Sie in jedem Menschen, der für einen differenzierten Diskurs, gegen Pauschalisierungen und für die Menschenwürde aller Menschen eintritt, einen „Relativierer“ oder gar eine Person, die dafür wäre, dass „Judenhass frei bleibt“?

Es sind keine Antisemiten, keine Israel-Feinde, sondern Demokratinnen und Demokraten, die diese Formulierungsvorschläge begrüßen und die Resolution unterzeichnet haben. Barbara Guggenheim, Eva Menasse, Luisa Neubauer, Susan Neiman, Esther Dischereit, Dany Cohn-Bendit oder Naika Foroutan, um nur einige von diesen Unterzeichner*innen zu nennen, stehen für plurale Demokratie, Menschenrechte, Antirassismus und explizit gegen jede Form des Antisemitismus.

Leider bekämpfen Sie, Frau Kahane, in Ihrem Furor ausgehend die Menschen, die eigentlich Ihre Verbündeten im Kampf gegen Antisemitismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit sein könnten.

Hermann Roth, Frankfurt

Die Boni des Vorstands

Krise im Autobau: „Streich VW die Treueprämie?“, FR-Wirtschaft v. 4.11.

Volkswagen geht es schlecht, und darum wird im Vorstand darüber nachgedacht, die Löhne zu kürzen. Wird auch darüber nachgedacht, die Gehälter und Boni der VW-Vorstandsmitglieder zu kürzen? Die sind ja ungleich höher als die Löhne. Allerdings war davon bisher leider nichts zu hören.

Fritz Brehm, Frankfurt

Die militärische Logik dominiert weiterhin

EU-Verteidigungskommissar Kubilius: „Aufrüsten für den Frieden“, FR-Politik vom 9. November

Noch ist es „nur“ ein Zweistufenplan, zu dem der „Experte“ der europäischen Christdemokraten Michael Gahler rät. Seine Empfehlung an die Bundesregierung: Abzug der nordkoreanischen Soldaten aus dem russischen Frontgebiet. Wenn kein Abzug erfolgt, erst Beschränkung zum Einsatz von Taurus aufheben, nach zwei Wochen Lieferung von Taurus vorbereiten.

Putin führt ohne jeden Zweifel einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, das ist Konsens. So haben die Entscheidungswege des Kanzlers bisher ausgesehen: Erst Nein zu Waffenlieferungen, dann vielleicht, dann Ja. Die Wirklichkeit habe sich verändert, heißt es lapidar. Das schafft in der Breite des gesellschaftlichen Bewusstseins nicht nur Verwirrung, sondern auch – vielleicht sogar politisch gewollt – letztlich mehr Zustimmung zu einem ausschließlich militäri-

schen Sieg über Putin, wenn man nur die richtigen Waffensysteme zur richtigen Zeit liefert.

Die Spirale der militärischen Optionen nimmt zum wiederholten Mal Fahrt auf. Da bleibt für diplomatische Lösungen kein Platz. Putin, so heißt es, wolle keine Verhandlungen, Putin eskaliere und wird es weiter tun, wenn man ihn lässt, so die simple, brandgefährliche Argumentation. Mit dieser Art von Hilfe für die Ukraine erhöht man die Zahl der Kriegstoten und bringt noch mehr Leid, Zerstörung und Schmerzen über das Land. Ein Wahnsinn!

Der ausschließlich militärischen Logik folgend ist die Diskussion durch Frau Strack-Zimmermann und ihrem Vorschlag zum Einsatz von Nato-Soldaten in der Ukraine „bereichert“ worden. Dazu die Taurus-Debatte, obwohl jeder weiß, dass es sich um Marschflugkörper mit hoher

Reichweite und Zerstörungskraft handelt. Damit können und sollen dann gegebenenfalls Ziele in Russland angegriffen werden.

Das muss zu Ende gedacht werden. Es ist zu spät, wenn Atomwaffen eingesetzt werden und ein Flächenbrand in Europa entsteht. Mahnende Stimmen, die zivile Lösungsansätze entwickelt haben, die für Diplomatie, Dialog und Verhandlungsgeschick plädieren, gibt es. Nur nicht den politischen Willen. Was meint denn wohl die Kommissionspräsidentin der EU, wenn sie sagt: „Angesichts einer Kaskade von Krisen müssen wir mehr tun, als nur zu reagieren. Wir müssen unsere Denkweise ändern.“

Denken wir Sicherheit anders, hin zu einer zivilen Sicherheitspolitik. „Es ist unsere verdammte Pflicht, eine kriegerische Eskalation zu verhindern“ (Kanzler Scholz in Moskau im Beisein Putins). Manfred Wewel, Billerbeck